Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 413. Mittwoch den 2. December 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 2. December.

* Der so plötzlich erfolgte Besuch Seiner Majestät des Königs von Dänemark am Berliner Hofe giebt den Conjecturalpolitikern wieder viel zu denken, die einen ziehen dabei die Familienbeziehungen des Königs zu Alexander III. und den Umstand in Betracht, daß der König direct vom russischen Kaiser aus der Krim kam. Andere ziehen Schlüsse aus dem Zusammenfallen des Besuchs mit der Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich in Berlin und erinnern an frühere Gerüchte von einer geplanten Familienverbindung zwischen dem preußischen und dänischen Königshause. Beide Vermuthungen bewegen sich, wie die „Post" betont, auf falschen Linien. Die zweite erledigt sich schon dadurch, daß zwischen dem Könige von Dänemark und der Kaiserin Friedrich kein Zusammentreffen stattgefunden hat, wohl aus dem einfachen Grunde, weil zwischen Ankunft und Abreise des Königs die dazu erforderliche Zeit fehlte. In unterrichteten Kreisen wird überhaupt dem Besuche lediglich die formelle Bedeutung einer Höflichkeitsbezeigung beigelegt, als Erwiderung des Besuches, den Se. Majestät der Kaiser kurz nach seiner Thronbesteigung dem dänischen Königspaare in Kopenhagen gemacht hat.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: Der Reichskanzler von Caprivi kann mit der Aufnahme, die er bei der zu einer Erörterung der gesammten politischen Lage sich erweiternden ersten Etatsberathung gefunden hat, wohl zufrieden sein. Er ist eigentlich nirgends, höchstens bei den Socialdemokraten, auf principiellen Widerspruch gestoßen. Geradezu demonstrativ sprachen die Parteien der bisherigen Opposition, die Deutschfreisinnigen und das Centrum, ihr Vertrauen zu der neuen Regierung aus. Was in ihrem Sinne wesentlich anders und besser geworden ist, worin eigentlich der „neue Curs" besteht, darüber blieb man freilich auch nach dieser Verhandlung im Unklaren. Der persönliche Haß gegen den früheren Reichskanzler genügt eben bei diesen Parteien, um sie für jeden Nachfolger gänzlich zu stimmen. Dabei fand die Zusicherung der Unterstützung und des Vertrauens seitens dieser Parteien doch sehr erhebliche Einschränkungen. Herr v. Huene meldete bestimmt genug seine Forderungen auf dem Gebiet der Kirche und Schule an; Herr Richter verlangte vollständigen Bruch mit der bisherigen Social-, Colonial- und Handelspolitik und äußerte: Ohne gänzliche Aufhebung der Kornzölle keine Freundschaft! Herr von Caprivi wird sich schwerlich in der Lage sehen, die Forderungen dieser anspruchsvollen „Regierungsstützen" vollständig zu erfüllen. Indessen die praktischen Entscheidungen über die zunächst vorliegenden gesetzgeberischen Aufgaben setzen ein grundsätzliches Einverständniß über alle möglichen politischen Principienfragen nicht gerade voraus, und es sind keine Anzeichen hervorgetreten, daß eine Verständigung der Reichsregierung mit einer Mehrheit des Reichstags über die wichtigsten Anliegen der gegenwärtigen Session, die militairischen Forderungen, die Handelsverträge, die Colonialpolitik, nicht zu erwarten sei. Die sogenannten Cartelparteien werden auch der neuen Regierung nicht anders als mit rein sachlichen Erwägungen gegenüber treten; vor dem Verdacht grundsätzlicher Feindseligkeit sind sie gewiß durch ihre ganze Vergangenheit geschützt. So wird man einem verhältnißmäßig glatten und befriedigenden Verlauf der gegenwärtigen Reichstagssession entgegen sehen dürfen.

* Heute kommen im Reichstage nicht die Börsenanträge, sondern werthlose alte Labenhüter, einige noch aus dem vorigen Sessionsabschnitt übrig gebliebene Anträge zur Verhandlung. Auch das ist ein Nachtheil der Vertagungen, daß man mit solchem Balast von Anträgen sich schleppen muß, die nur den dringenden und wichtigen Anliegen den Platz versperren.

* Das soeben im deutschen Reichstage vertheilte Weißbuch über die Vorgänge in Chile giebt ein erfreuliches Bild der Anerkennung und Achtung, welche die Machtstellung Deutschlands sich in Chile erworben; Freih. v. Gutschmid hat, nach seinen Berichten zu schließen, aus denen der Inhalt des Weißbuchs im Wesentlichen sich zusammensetzt, diese Machtstellung zu einer richtigen Vertretung der deutschen Interessen zu benutzen verstanden. Als im Norden die ersten blutigen Zusammenstöße stattgefunden, verfah ein deutsches Schiff, die „Iltis", unter deutscher Flagge im Dienste des Rothen Kreuzes den Samariterdienst; beide Parteien, besonders aber Balmaceda persönlich trug stets, selbst als er sich in großer Bedrängniß befand, den deutschen Beschwerden Rechnung; der deutsche Admiral und seine Officiere wurden vom Präsidenten mit der größten Auszeichnung behandelt und empfangen, und als das Schlachtenglück zu Gunsten der Congreßpartei entschieden hatte, wandte sich der Admiral Viel an den deutschen Admiral, obgleich der französische Admiral Parrayon dem Patent nach älter war, um ihn zur Vermittelung der Uebergabe Valparaisos zu ersuchen. Mit militairischer Knappheit und Bescheidenheit berichtet Admiral Valois über die aufregenden Vorgänge bei der Uebergabe. Der Secretair des deutschen Consuls von Voigts-Rhetz, Herr Grand, hielt eine Ansprache an die Menge, und unter lebhaften Hochrufen auf Deutschland und England räumte das Volk den Platz vor der Intendantur. „Es gelang uns zum großen Glück", fährt der Admiral fort, „einen in kopflosser Aufregung vom Balcon der Intendanz gegebenen Befehle, auf die Menge zu feuern, zu vereiteln, dessen Folgen unabsehbar gewesen wären. Wir blieben zu diesem Zweck mit unsern Adjutanten vor den Geschützen und Soldaten stehen, die im Begriff waren, den gegebenen Befehl auszuführen." Nicht so schlicht und einfach wie Admiral Valois schildert der Gesandte Freiherr v. Gutschmid die Dienste, die er dem Vaterlande geleistet. Er verweilt mit Vorliebe bei dem „belehrten" Ton, den er angeschlagen, verweist mit Bezug auf seine früheren Berichte gern darauf, daß „weitsichtige Politiker" den Verlauf längst vorhergesagt hätten, und verfällt zuweilen, obgleich er seine strenge Unparteilichkeit oft genug hervorhebt, in eine so rückhaltlose Parteinahme für die Congreßsitten, daß diese ihn verleitet, unbewiesene Behauptungen als Thatsachen an seine Regierung zu berichten. So bei Gelegenheit des Bombenanschlags vom 6. Mai. Die Vertreter der Congreßpartei weilten damals unter der Zusicherung freien Geleits in Santiago. Eine Unterredung am Morgen war ohne Ergebniß geblieben, eine zweite sollte Nachmittags um 5 Uhr stattfinden. Darüber berichtet nun Herr v. Gutschmid: „Für denselben Nachmittag um 4½ Uhr hatte aber Herr Goden, gleich nach Beendigung der vorerwähnten Besprechung, ein Attentat auf sich selbst und seine Ministercollegen ins Werk gesetzt, welches auch programmmäßig verlief. Als nämlich die Minister nach der Kammersitzung gegen ½5 Uhr zu Fuß sich nach dem Regierungspalast zurückbegaben, wurde von zwei Reitern je eine Bombe zwischen sie geworfen, von denen die eine platzte, aber keinerlei Schaden anstiftete. Die beiden Berittenen galoppirten davon und Niemand verfolgte sie." Die Behauptung, daß Goden den Anschlag selbst angestiftet habe, widerlegt sich dadurch, daß er nur durch einen Zufall unverletzt blieb, Leute aber, die mit Scheinattentaten arbeiten, pflegen in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, daß ihr eigenes Leben nicht gefährdet wird. Aus diesem Grunde der innern Unwahrscheinlichkeit und im Interesse der von ihm selbst so oft betonten Unparteilichkeit hätte es zweifellos dem deutschen Vertreter besser angestanden, die Behauptung als ein Gerücht zu kennzeichnen, als ihr amtlich den Stempel der Thatsache aufzudrücken. Im Uebrigen hat, wie bereits anerkannt wurde, Herr v. Gutschmid sich die Vertretung der geschäftlichen Interessen Deutschlands stets eifrig angelegen sein lassen, und wenn in den letzten deutschen Kreisen Santiagos darüber geklagt wird, daß sie gesellschaftlich von der deutschen Gesandtschaft vernachlässigt oder ganz unbeachtet gelassen werden, so ist dies ein Mangel der nothwendigen gesellschaftlichen Repräsentation der Gesandtschaft, dessen Andauerung wohl genügen wird, um ihn zu beseitigen.

* Von den Impfgegnern wird u. A. auch gegen die dritte Impfung beim Militair angekämpft, indem darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Reichs-Impfgesetz vom Jahre 1874 nur eine Impfung nach dem 1. und eine Wiederimpfung im 12. Lebensjahre vorschreibt, eine dritte Impfung aber, wie sie beim Militair ausgeübt werde, nicht verlange. Demgegenüber darf darauf verwiesen werden, daß die Impfeinrichtungen in der deutschen Heeresthrilen von dem Reichs-Impfgesetz unabhängig und lange vor demselben entstanden sind. In der Petitionscommission des Reichstages, welche über ihre Verhandlungen betreffs der gegen die Impfung eingegangenen Petitionen kürzlich Bericht erstattet hat, hat der Oberstabsarzt Dr. Werner sich über die Frage der Impfungen beim Militair des Ausführlichen verbreitet. Dabei wurde die Erfahrung, daß die als Kinder geimpften Leute vielfach im 3. und selbst im 2. Jahrzehnt wieder empfänglich für das Blatterngift werden, in der Armee im Anfange dieses Jahrhunderts gemacht. Von 1819 an traten in dem preußischen Heere Pockenerkrankungen und Todesfälle in wachsendem, beunruhigendem Umfange auf. Mit den jährlichen Recrutentransporten wurde die Seuche immer wieder eingeschleppt und gewann dann in den Truppentheilen weitere Ausdehnung. Die Gefahr, welche sich hieraus ergab, steigerte die Bemühungen um Abwehr der Seuche. Alle Vorbeugungsmaßregeln halfen aber nichts, bis man entdeckt hatte, daß der durch die Impfung gewährte Pockenschutz einer Erneuerung durch die Wiederimpfung bedürfe. Diese wurde durch eine Cabinetsordre vom 16. Juni 1834 für die preußische Armee allgemein eingeführt. Die bayerische und württembergische Armee hatte die Recruteninpfung ebenfalls zu jener Zeit eingeführt. Daß durch die Militairimpfung ein nicht hoch genug zu veranschlagender Erfolg erzielt war, beweist der Umstand, daß nach genaueren statistischen Ermittelungen mit deren Einführung die Pocken-Erkrankungs- und Sterbeziffer in der Armee sofort erheblich und dauernd sank. Man könnte man aber glauben, daß nach Einführung der Revaccination im 12. Lebensjahr die Impfung beim Militair in Fortfall kommen könnte. Seit etwa 1886 kommen durchweg nur Mannschaften zur Einstellung, die in ihrem 12. Lebensjahre gesetzlich wiedergeimpft wurden. Es machte sich dies bei den Recrutenimpfungen allerdings in so fern bemerkbar, als die bei solchen Leuten erzielten Impfpusteln weniger ausgiebig an Inhalt waren. Die Zahl der Mannschaft aber, bei welcher sich die Impfung erfolgreich erweist, ist jetzt nicht merklich geringer, als früher vor dem Reichs-Impfgesetz. Es berechtigt dies zu dem Rückschluß, daß sie auch für das eigentliche Pockengift bis zu einem gewissen Grade weiter empfänglich sein würden, und dies legt der Armeeleitung die Pflicht auf, diese Empfänglichkeit zu tilgen, soweit es in ihrer Kraft steht. Nur dann kann darauf gerechnet werden, daß die Armee im Frieden und besonders bei einem Kriege in einem von Pocken heimgesuchten Lande seuchenfrei bleibt und eine Einbuße an ihrer Schlagfertigkeit nicht erleidet. Wer sich des Sicherheitsgefühls erinnert, mit welchem die gut geimpften Truppentheile im Feldzuge 1870/71 sich in pockendurchseuchten Ortschaften aufhalten konnten, ohne eine Gefährdung ihres Gesundheitszustandes befürchten zu müssen, wird auf diesen Schutz nicht verzichten wollen.

* Die Berufung des Provinzialschulraths Brandi in Osnabrück zum vortragenden Rath in das preußische Cultusministerium erfüllt die inmitten der Bewegung für die ersprießliche Knabenhandarbeit Stehenden mit Freude und Befriedigung. Geheimrath Brandi war im Jahre 1880 Mitglied der Commission, welche das preußische Unterrichtsministerium nach Dänemark und Schweden zur Einsicht in die dortigen Slöjdbestrebungen entsandte, gehört zu den Begründern der heutigen deutschen Bewegung und hat seit 1881 in Osnabrück eine Handfertigkeitsschule eingerichtet, die zu den größten Deutschlands gehört. Wiederholt war er auch bei den öffentlichen Congressen Vertreter des Cultusministeriums. So wird das Ministerium in ihm also einen Sachverständigen erwerben, der mit der gesammten seitherigen Bewegung vertraut ist und zugleich alle Eigenschaften besitzt, um fördernd und organisatorisch nach dieser Richtung zu wirken.

* Ueber die Stadtverordnetenwahlen in Hannover wird der „Magdeb. Ztg." von dort geschrieben:

Nach unserer Stadtordnung scheidet alle zwei Jahre ein Drittel des aus 24 Mitgliedern bestehenden Bürgervorsteher- (Stadtverordneten-) Collegiums aus. Heute fand die Neuwahl dieses ausscheidenden Drittels statt. Seiten haben Bürgervorsteherwahlen eine solche Aufregung unter den stimmberechtigten Bürgern unserer Stadt hervorgerufen, wie die heute vollzogenen. Seit Wochen fanden in den wahlberechtigten Districten Vorbesprechungen statt; in der localen Presse wurde eifrig für und gegen die von verschiedenen Seiten aufgestellten Candidaten Partei genommen, auch privatim agitirte man mit nicht geringerer Energie. Während sonst bei diesen Wahlen der Gegensatz zwischen Welfen und Liberalen ausschlaggebend war, beherrschte die heutigen Wahlen ein anderes Schlagwort. Es sollten Männer gewählt werden, die, unbeeinflußt von politischen Richtungen, aber dabei doch auf dem Boden der Reichsverfassung stehend, bei ihrer communalen Thätigkeit nur das Wohl der Stadt im Auge zu haben hätten. Eine große Partei unserer Bürgerschaft war nicht in allen Puncten mit dem bisherigen Wirken mehrerer Bürgervorsteher einverstanden und hatte aus dem Grunde sich zur Aufstellung anderer Männer als der bisherigen entschlossen. Diese Richtung in dem Goß unserer Bürgerschaft hat bei den heutigen Wahlen einen entschiedenen Sieg davongetragen. Die meisten ihrer Candidaten sind zum Theil mit großen Mehrheiten gewählt. Wenn man die gewählten Bürgervorsteher nach ihrer politischen Gesinnung gruppirt, so hat die welfische Partei eine einschneidende Niederlage erlitten; nur Geheimrath Brauel ist fast einstimmig wiedergewählt. Aber auch die Candidaten der bisherigen Mehrheit haben nur zwei ihrer Candidaten durchgebracht: die Herren Haasemann und Jungk; in den anderen Districten sind die von der anderen Partei aufgestellten Herren zum Theil gegen bisherige langjährige Bürgervorsteher gewählt. Hoffen wir, daß die neugewählten Bürgervorsteher den Erwartungen, daß sie selbstständig und unabhängig von allen Einflüssen ihres Amtes walten, in vollem Maße entsprechen.

* Aus Altenburg wird uns vom 1. December gemeldet: Der Landtag wurde heute kurz nach 11 Uhr von dem bisherigen 2. Vorsitzenden, Oberbürgermeister Oßwald-Altenburg, eröffnet. Im Namen des Herzogs begrüßte der neue Staatsminister v. Helldorf die Landschaft und widmete dem verstorbenen langjährigen Landschafts-Präsidenten v. Schwarzenfels und dem Wirkl. Geh. Rath Sonnenkalb ehrende Nachrufe. Er gedachte auch des Abganges seines Vorgängers und bat die Landschaft, ihm ihr Vertrauen zu schenken, damit sie gemeinsam arbeiten könnten zum Segen unseres Vaterlandes. Auch der Vicepräsident Oßwald gedenkt in einem herzlichen Nekrologe des verstorbenen Präsidenten v. Schwarzenfels, und die Landtagsabgeordneten erheben sich sammt den Vertretern der Regierung zum ehrenden Gedächtniß von den Sitzen. Nachdem noch der neue Staatsminister v. Helldorf und die neu in die Landschaft eingetretenen Mitglieder begrüßt, sowie Vortrag aus der Registrande erstattet worden war, wurde die Sitzung geschlossen. Nachmittags 5 Uhr trat die Landschaft behufs Vornahme der Präsidentenwahl bereits zum zweiten Male zusammen. Nach dreimaligem Wahlgange wurden dem Herzog folgende Candidaten für das Präsidentenamt vorgeschlagen: Oberbürgermeister Oßwald-Altenburg an 1. Stelle, Geh.-Regierungsrath Gerstenbergk-Roda an 2. und Mühlenbesitzer Burkhardt-Altenburg an 3. Stelle. Nach stattgefundener Ergänzungswahl von zwei Commissionsmitgliedern und Verlesung einer Erklärungsschrift an den Herzog wurde die 2. Sitzung Abends 6 Uhr beendet.

* * *

* Wie aus Wien berichtet wird, hat das fast gleichzeitige Hinscheiden des Erzherzogs Heinrich und seiner Gemahlin, der Baronin Waireck, in den Hof- wie in den Bevölkerungskreisen die tiefste Betrübniß hervorgerufen. Ein trauriges Verhängniß wollte es, daß der Erzherzog Heinrich, der sich bisher fast immer von Hoffestlichkeiten fern gehalten und zum ersten Male gelegentlich der kürzlichen Vermählungsfeier im Kaiserhause mit seiner Gemahlin bei solchen erschienen ist, bei diesem Anlasse im Verein mit seiner Gemahlin von der schweren Krankheit ergriffen worden, die beiden den Tod brachte. Wie verlautet, haben die beiden Dahingeschiedenen ein vom selben Tage datirtes Testament hinterlassen und wird die Besetzung derselben mit Genehmigung des Kaisers in der Familiengruft zu Bozen stattfinden.

* In der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses verlangte der Antisemit Prinz Liechtenstein Beschränkungen der Großindustrie zu Gunsten des Kleingewerbes und behauptete, die Linke werde durch das Großcapital beeinflußt. Der Liberale Pichler sprach unter großer Erregung der Linken gegen Prinz Liechtenstein. Plener rief: Liechtenstein soll Fälle nennen. Liechtenstein schwieg, worauf Pichler ihm Unwahrheit vorwarf. Der Handelsminister trat für die Subvention der Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft aus Handels- und militairischen Interessen ein. Die Betheiligung an der Chicagoer Ausstellung sei nothwendig. Gegen den Prinzen Liechtenstein erklärte der Minister, dem Kleingewerbe könne durch Erhöhung der Concurrenzfähigkeit geholfen werden. Die Eindämmung der Industrie würde das Kleingewerbe ruiniren.

* Der Polenclub des österreichischen Abgeordnetenhauses hat zu der Frage wegen Bildung einer Regierungsmehrheit endlich offene Stellung genommen. Der Obmann desselben, Jaworski, gab bekanntlich die Erklärung ab, daß der Polenclub an der zu Beginn der Parlamentssession eingenommenen Politik der freien Hand festhalte, daß jedoch, im Falle die hierzu in erster Linie berufene Regierung die Schaffung einer festen Mehrheit veranlassen sollte, der Club, bei der derzeitigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, seine Mitwirkung nur einem gleichzeitigen Zusammengehen mit dem Club der Conservativen und der vereinigten deutschen Linken leihen werde. Der Club der Conservativen ist der Hohenwartclub, der aus den böhmischen Feudalen, den deutschen Klerikalen und den südslavischen Abgeordneten besteht. Ein Zusammengehen der deutschen Linken mit dieser Fraction kann als gänzlich ausgeschlossen gelten, und so ist es zum Glück unmöglich geworden, daß die deutsche Oppositionspartei zur Stütze des Ministeriums Taaffe werde. Eine gedeihliche Reformarbeit auf wirthschaftlichem Gebiet ist unter diesem Cabinet ohnehin unmöglich, wie der Widerstand des Finanzministers gegen den Antrag Plener, der eine Entlastung der niedrigsten Classen der Erwerbsteuerpflichtigen bezweckte, gezeigt hat. Der ganze Nachlaß hätte 600 000 Gulden im Jahre betragen und diese Summe hätte sich auf anderen Gebieten einbringen lassen. Das Auftreten des Finanzministers zeigte jedoch, daß auch die in jeder Tagung des Abgeordnetenhauses angeregte Aenderung der Erwerbs- und Einkommensteuer auf keine Förderung bei dieser Regierung rechnen kann, deren ganze Finanzweisheit in Erhöhung der Steuerzuschläge besteht. Unter diesen Umständen ist der einzig ersprießliche Weg für die deutsche Linke die Fortsetzung der seit fast zwölf Jahren durchgeführten Opposition. Auf die Forderung des Polenclubs nach Berücksichtigung der „nationalen Traditionen" und der „autonomen Grundsätze" desselben hätte sie ja ohnehin nur schwer eingehen können. Haben die Deutschen so lange auf einen Umschwung der inneren Verhältnisse in Oesterreich gewartet, wird ihnen auch jetzt nicht die Geduld ausgehen. Viele Anzeichen beweisen bereits, daß ein Umschwung nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

* Das ganze öffentliche Leben der Schweiz dreht sich gegenwärtig um die Frage der Eisenbahnverstaatlichung und je näher der Tag der Abstimmung über den Ankauf der Centralbahn — der 6. December — rückt, desto lebhafter wird die gegenseitige Agitation. Selbst innerhalb derselben Parteien bestehen Gegensätze über den Ankaufsplan, und es ist ganz unmöglich, auch nur Wahrscheinlichkeitsschlüsse über das Ergebniß der Abstimmung zu ziehen. Der Berner „Bund" richtet angesichts dieser Sachlage einen eindringlichen Appell an die Freunde der Verstaatlichung, alle Kräfte für die Annahme der Ankaufsvorlage aufzubieten, und begrüßt das Eintreten des Bundespräsidenten Welti für dieselbe. Bei der von allen Seiten eingestandenen Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände im Eisenbahnwesen der Schweiz sei zu hoffen, daß die Einwände der Gegner der Verstaatlichung, bei denen namentlich die von der Eidgenossenschaft zu übernehmende Schuldenlast und der hohe Ankaufspreis die Hauptrolle spielen, in ihrer Unstichhaltigkeit erkannt und der Uebergang der Bahn an den Staat in der entscheidenden Abstimmung die Mehrheit finden werde.

* Aus Paris wird gemeldet: Die 7. Kammerabtheilung erkannte mit 16 gegen 8 Stimmen die Wahl Lafargue's für giltig an.

* In der Sitzung der französischen Deputirtenkammer am Montag wurde zunächst eine Staatssubvention von 50 000 Frcs. an Bergarbeiter bewilligt, welche bei Montbrison (Loire) eine Kohlenmine käuflich erworben haben. Darauf wurde die Berathung über den Colonial-Etat wieder aufgenommen. Der Unterstaatssecretair Etienne trat in längerer Rede für die Positionen des Budgets ein; die gegenwärtige Periode der Schwierigkeiten würde sofort ihr Ende finden, sobald die Ueberzeugung in den Colonien allgemein geworden sei, daß zwischen der Regierung und dem Parlamente ein vollkommenes Einvernehmen in Bezug auf die Colonialpolitik bestehe. Der Unterstaatssecretair ging sodann auf die Lage jeder einzelnen Colonie ein und hob zum Schlusse die Nothwendigkeit hervor, commerzielle Absatzgebiete in den Colonien zu suchen und dazu große Colonialgesellschaften zu gründen. Die Kammer nahm mehrere Artikel des Etats an.

* Der nunmehrige erste Lord des Schatzamtes und Leiter des englischen Unterhauses, Balfour, hat eine geschäftige Woche hinter sich. Es ist kein Tag vorhanden, an welchem er nicht in seiner schottischen Heimath eine Rede hat halten müssen. An einem Tage betrug sogar die Zahl seiner Ansprachen fünf. Wer, wie Herr Balfour, der erkorene Liebling einer großen Partei geworden ist, an dessen Reden werden in England die größten Anforderungen gestellt. Am Sonntag verlieh Herr Balfour der Eröffnung des Bazars der conservativen Arbeitervereine in Edinburg durch seine Anwesenheit das nöthige Relief. Seine bei der Gelegenheit gehaltene Rede bot mehreres Erwähnenswerthe. Seit der Gründung der Union haben nur zwei irische Obersecretaire das Amt so lange inne gehabt, wie er. Herr Balfour ist durch und durch nicht nur vom philosophischen sondern auch vom politischen Skepticismus erfüllt. Er hat gewiß Grund, auf seine Erfolge in Irland stolz zu sein. Dennoch meint er, die Zukunft werde erst lehren, ob sie von Dauer sein würden. Eine Hoffnung aber auszusprechen sei, wohl erlaubt, nämlich, daß es niemals wieder zu einer so riesenhaften agrarischen, mit amerikanischem Gelde bezahlten Verschwörung in Irland kommen werde, wie sie die 6 oder 7 ersten Jahre des letzten Decenniums gesehen hätten. Eine Frage wie die irische, die Jahrhunderte lang bestanden habe, könne naturgemäß nicht während der Amtsdauer eines Ministeriums gelöst werden.

* John Howard Parnell schifft sich morgen auf dem „Majestic" nach Queenstown ein und beabsichtigt, sich nach Paris zu begeben. Er hofft, daselbst die Freigabe der irischen Parteigelder zu erwirken und die irischen Fractionen wieder zu vereinigen. Sein Plan geht dahin, alle Parteien auf Grund der Platform von 1885 unter der Leitung O'Briens unter einen Hut zu bringen.

* Infolge der Zusammenkunft mit dem Nuntius Ferrata empfing Ribot den Gesandten beim Vatican, Lefèbre de Behaine, in einer langen Unterredung; derselbe wurde beauftragt, dem Papste mitzutheilen, daß, wenn die Agitation der Bischöfe andauere, die Regierung sich nicht weiter der Kündigung des Concordats widersetzen werde.

* Der bekannte norwegische Schriftsteller Alexander Kielland wird am Sonnabend seine officielle Ernennung zum Bürgermeister von Stavanger erhalten. Auf conservativer und hochkirchlicher Seite herrscht wegen dieser Ernennung eine lebhafte Verstimmung.

* Aus Bukarest wird gemeldet: Der Minister des Innern, der Kriegsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten haben ihre Demission gegeben.

* Wie aus Belgrad berichtet wird, werden die von gewisser Seite betriebenen serbisch-montenegrinischen Annäherungsversuche fortgesetzt. Von montenegrinischer Seite leistet man diesen Bemühungen bereitwilligst Vorschub. Als neuester Anlaß zum Austausch von Freundlichkeiten wurde die Beherbergung der montenegrinischen Auswanderer in Serbien benutzt, indem Fürst Nicolaus von Montenegro ein besonderes Dankschreiben für die den Montenegrinern erwiesenen Wohlthaten an den König Alexander gerichtet hat. Die Montenegriner, welche sich in Serbien niedergelassen haben, scheinen über diese Wohlthaten anders zu denken, denn bekanntlich strebt ein großer Theil derselben schon seit Langem die Rückkehr in ihre Heimath an.

* Eine in London eingegangene officielle Depesche aus Rio Grande do Sul theilt mit, daß die Theilnehmer an dem Aufstande die Waffen niederlegten, sobald durch den Rücktritt da Fonseca's die Verhältnisse die verfassungsmäßige Gestalt erhielten und daß seitdem in Rio Grande Alles ruhig ist.

* Nachrichten aus Buenos Ayres zufolge sind die Wahlen fast durchgängig zu Gunsten der Regierungspartei ausgefallen.

* Die Lage in China gestaltet sich immer ernster, nicht nur für die fremden Geschäftsleute, die Missionare und die